

schrieb und das Resultat dieser Gemütsbewegung am dritten Tage der nach Twenge abgestellten Sekretärin des Verlegers und FDP-Abgeordneten Schlüter in die Maschine diktierter.

Über den erstaunlichen Erfolg seiner Broschüre weiß Rudolf Diels zu berichten, bald nach ihrem Erscheinen sei er von dem Innenminister eines Bundeslandes um einen Besuch gebeten und von einem anderen Minister animiert worden, zum Thema Neuorganisation des Verfassungsschutzes noch mehr zu sagen. Mit der Tatsache, daß ihm mehr als ein Dutzend Bundestagsabgeordnete zu seiner Broschüre gratulierten, will Diels endlich beweisen, daß er doch wirklich nicht illoyal gehandelt habe.

Diese Einladungen und Gratulationen können nun möglicherweise ein Beweis dafür sein, daß Rudolf Diels in der John-Debatte tatsächlich nur Prügelknabe gewesen ist, weil eine Sachdebatte über Otto John aus mancherlei Gründen nicht recht in Schwung kommen wollte.

So laut und so üppig die Parlamentarier in jener Debatte über Diels, Gott und die Welt geredet hatten — die Rednerliste in der John-Debatte umfaßt über zwei Dutzend klangvoller Namen —, so bescheiden und zurückhaltend zeigten sie sich, als die Ausschubarbeit und damit die handfeste Beschäftigung mit Otto John beginnen sollte. Weder CDU und SPD noch FDP und BHE haben einen Politiker aus der ersten Garnitur ihrer Fraktion in den siebzehnköpfigen Untersuchungsausschuß entsandt. Den Vorsitz dieses Ausschusses aber wollte schon gar niemand haben. Und so begann ein seltsames Spiel.

Zunächst hieß es, daß nach dem d'Hondtschen Verfahren* der Ausschußvorsitz der CDU zustehe. Einige Tage später stellte man dann fest, daß man sich verrechnet habe. Nach dem d'Hondtschen Verfahren gehöre der Ausschußvorsitz der SPD. Nach einigem Zögern nominierte daraufhin die Opposition ihren zumindest äußerlich gewichtigen Juristen Otto Heinrich Greve als Vorsitzenden. Doch Greve war der Union auch wieder nicht recht.

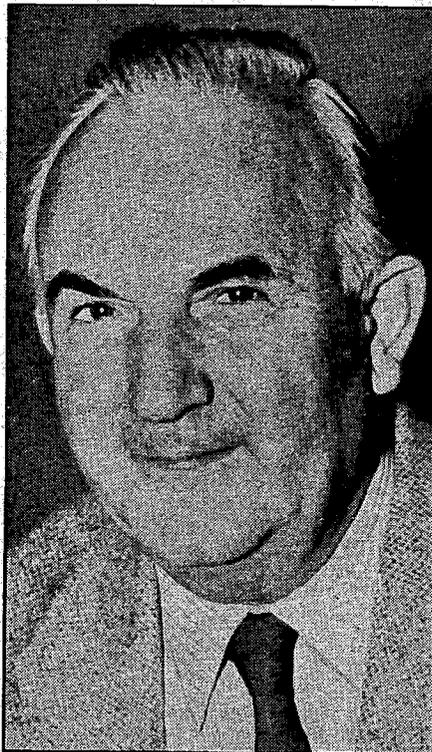
Nicht nach dem d'Hondtschen System, so hieß es plötzlich, könne der Ausschußvorsitzende bestimmt werden. Es handele sich ja um einen Untersuchungsausschuß, um den ersten seiner Art in der zweiten Legislaturperiode, und also müsse die CDU als größte Partei den Vorsitz erhalten. Und damit senkte sich ein großes Schweigen über die Affäre.

Wochenlang hörte man im Bundeshaus überhaupt nichts mehr über das Schicksal des Untersuchungsausschusses. Erst als die SPD — der Sorge um den Vorsitz ledig — im Ältestenrat mehrfach interveniert hatte und nachdem ein sozialdemokratischer Abgeordneter schließlich als das älteste Mitglied des Ausschusses gebeten wurde, der ungewöhnlichen Lage wegen auf eigene Faust eine Sitzung anzuberaumen, erst da klingelte bei dem CDU-Bundestagsabgeord-

* Der Belgier Victor d'Hondt stellte 1882 ein System zur Diskussion, nach dem errechnet wird, wieviel Mandate bei einer Verhältniswahl auf die einzelnen Parteien entfallen.

neten Gerd („Buzi“) Bucorius in Hamburg das Telefon.

Der Fraktionsmanager der Union, Heinrich Krone, bat den hanseatischen Verleger („Die Zeit“, „Der Stern“), für die Union in die Lücke zu springen und den Ausschuß zu übernehmen. Opferwillig, wie stets, sagte Bucorius zu, „wenn es denn gar nicht anders geht“. Zur Sicherheit aber versuchte er noch einmal durch seine Freunde, seinem Kollegen Fürst von Bismarck den Ausschuß zuzuschancen. Als das mißlang, weil Seine



Landtags-Fraktionsführer Käber (SPD) Opposition wird bezahlt

Durchlaucht kein Verfassungsrechtler sind und außerdem den Braten gerochen hatten, fügte sich „Buzi“ schließlich in das Schicksal.

Mit ernster Miene und nicht halb so quicklebendig wie gewöhnlich versicherte er Westdeutschlands Fernsehzuschauern in einer kurzen Ansprache, daß sie nun bald etwas von den Arbeitsergebnissen des John-Ausschusses erfahren würden. Was das sein soll, davon hat Bucorius selbst noch keine rechte Vorstellung. Alles, was ihm bisher an Material aus dem Bundesinnenministerium zugeschickt wurde, sind alte Kamellen.

Die halbe Million Mark Belohnung, die Innenminister Gerhard Schröder für die Aufklärung des Falles John ausgelobt hatte, brauchte bisher nicht angebrochen zu werden. Der Oberbundesanwalt, so verlautet überraschenderweise als Erklärung aus dem Innenministerium, habe bisher noch niemand für eine Belohnung in Vorschlag gebracht.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Mit zwei Parteien geht's nicht

Ein Traum britischer Umerziehungsoffiziere aus der ersten Nachkriegszeit ging in Schleswig-Holstein zu Ende: An den harten Tatsachen der politischen Praxis zerschellte die Idee, eine Zweiparteienpolitik nach britischem Vorbild auch in Deutschland heimisch zu machen.

1947, bei der Wahl des ersten Schleswig-Holsteinischen Landtags, war ein dem Mehrheitswahlrecht* angenähertes Wahlgesetz angewandt worden. So standen sich im Landtag in Kiel denn auch nur zwei Pole gegenüber: CDU und SPD. Die SPD bildete die Landesregierung und die CDU war Opposition. Die Vorsitzenden der Ausschüsse des Kieler Landtags wurden ausschließlich von der Regierungspartei, der SPD, gestellt.

Der Fraktionsführer der Oppositionspartei des schleswig-holsteinischen Parlaments erhielt eine bis heute in Deutschland einmalige Stellung: Man setzte für dieses Amt ein Gehalt von 400 Mark aus und räumte dem Oppositionsführer das Recht ein, auf Kosten des Landtags einen Dienstwagen mit Fahrer aus der Fahrbereitschaft der Landesregierung zu benutzen.

An diesem Grundsatz wurde auch 1950 nicht gerüttelt, als die SPD die Ministerbänke für CDU und BHE räumen mußte.

Was sich schon bei der Landtagswahl 1950 abgezeichnet hatte, wurde dann aber durch die Neuwahl 1954 bestätigt: Ein Zweiparteien-System nach britischem Muster ist in Deutschland nicht einzuführen.

Von CDU und BHE wurde nämlich eine Änderung des Landeswahlrechts betrieben. Hatte man sich 1947, um das Zweiparteien-System auf lange Sicht durchzuhalten, zum Mehrheitswahlrecht bekannt, so galt zur Landtagswahl 1954 unter Angleichung an das Bundestagswahlgesetz ein Verhältniswahlrecht. Fünf Parteien (CDU, SPD, BHE, FDP und Schleswig-Holstein-Block) sind seit dieser Wahl im Schleswig-Holsteinischen Landtag mit eigenen Fraktionen vertreten.

CDU, FDP und BHE bildeten die Regierung, und Wilhelm Käber, 57, der Fraktionschef der SPD, wurde Oppositionsführer.

Im ersten Stock des Landeshauses ist für ihn ein eigenes Dienstzimmer reserviert, und an jedem Monatsersten bezieht er außer seinen Sitzungsgeldern:

- 250 Mark Aufwandsentschädigung als MdL,
- 400 Mark Sonderentschädigung als Oppositionsführer,
- 600 Mark Pauschale für seinen Mercedes 170 D (für diese Pauschale hat Käber darauf verzichtet, einen Dienstwagen mit Regierungsnummer und Fahrer gestellt zu bekommen).

* Wer in einem der Wahlkreise des Landes die meisten Stimmen hat, ist gewählt. Beispiel: Kandidat A = 10 000 Stimmen, Kandidat B = 9999 Stimmen, Kandidat C = 9999 Stimmen. Gewählt ist Kandidat A mit 10 000 Stimmen, die restlichen 19 998 Stimmen fallen unter den Tisch. Gegenteil: Verhältniswahl: Jede Partei hat soviele Prozent Sitze im Parlament, wie sie Prozent Stimmen hat.



Scharlachberg Meisterbrand

EIN WEINBRAND, DER HALT, WAS SEIN NAME VERSPRICHT ...

Letzte Woche entschied nun das Plenum, wie die Ausschüsse des Landtages neu besetzt werden sollen. Da meldete die SPD durch ihren Fraktionsführer Wilhelm Käber eine überraschende Forderung an: Die Opposition fordere künftig fünf der insgesamt fünfzehn Ausschußvorsitze.

„Wir stehen vor einer völlig veränderten Situation“, resümierte Wilhelm Käber. Der Gedankengang, der 1947 die SPD veranlaßt habe, sich alle Ausschußvorsitze im Landtag zuzubilligen, sei heute überholt, da es zu einem Zweiparteien-System nicht gekommen sei.

Noch ist die CDU anderer Meinung, und auf den Vorwurf der SPD, es sei unter den jetzigen Verhältnissen undemokratisch, der SPD keine Ausschußvorsitze abzutreten, reagierten die CDU-Sprecher im Kieler Plenum mit dem Satz: „Es ist nicht einzusehen, daß jetzt genau das gleiche undemokratisch sein soll, was unter einer SPD-Regierung demokratisch war.“

Doch in der CDU gibt es maßgebliche Köpfe, die dieses Argument selbst für Dialektik halten, zumal es kein anderes deutsches Bundesland gibt, dessen Regierung nicht auch der Opposition Vorsitze in Landtagsausschüssen zubilligt. Im Bundestag stellt die SPD ebenfalls Ausschußvorsitzende.

Auf einen unter der Hand gemachten CDU-Vorschlag, der SPD sämtliche Stellvertreter-Posten in den Ausschüssen zu geben, biß die SPD nicht an. Sie reagierte auf das ablehnende Beharren der bürgerlichen Regierungskoalition vielmehr mit einem bisher in der Bundesrepublik nicht dagewesenen Schritt.

Fraktionsführer Wilhelm Käber erklärte vor dem Plenum: „Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion werden bis zur Änderung der durch die Regierungskoalition schuldhaft herbeigeführten Situation weder im Präsidium noch im Ältestenrat mitarbeiten.“ Damit drehte Käber sich auf dem Rednerpodium um und überreichte Landtagspräsident Dr. Walther Böttcher die Rücktrittserklärungen der aus den Reihen der SPD gestellten Schriftführer des Landtagspräsidiums und des Landtags-Vizepräsidenten Karl Ratz.

Was Käber vor allem störte, war: „Die Angelegenheiten des Parlaments, der Legislative, wurden zum Tauschobjekt bei der Regierungsbildung, der Exekutive.“

Er meinte den Koalitionsvertrag, der auch zu einem anderen Punkt (Wahl des Landtagspräsidenten) in seiner Auswirkung bewiesen habe, „wie man die durch Addition konstruierte Mehrheit auf die Koalitionspartner verteilt beziehungsweise gegeneinander ausgehandelt hat“.

Sagte der CDU-Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel, 41, zu dem Begehren der SPD auf Ausschußvorsitze: Wenn die SPD meine, das Zweiparteien-System sei endlich zu Grabe getragen, so „muß man sich natürlich auch überlegen, ob es dann noch einen Oppositionsführer geben kann“.

BUNDESGRENZSCHUTZ

Der Zug zur Armee

Es war ein eigenartiges Zusammentreffen: Am gleichen Tage, an dem auf einer Augsburger CSU-Wahlkundgebung ein Kriegversehrter mit seiner Krücke dem Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank über den Rücken schlug und ein anderer Versammlungsteilnehmer ein Bierglas dem Theodor Blank an den Schädel warf, begannen, keine 40 Kilometer von der Stätte dieses Tumults entfernt, 12 000 feldgrau uniformierte Deutsche die größten deutschen Manöver der Nachkriegszeit. Der Bundesgrenzschutz übte zu einer kalten

GOLD PFEIL

Die Weltmarke für Lederwaren

hat in ihrer großen Weihnachtskollektion auch für den Herrn eine reichhaltige Auswahl an wirklich schönen Geschenken bereit. Die hier gezeigten Artikel sind ein kleiner Ausschnitt aus dieser großen Kollektion, die Ihnen in jedem mit dem GOLD-PFEIL gekennzeichneten Fachgeschäft gerne und unverbindlich vorgelegt wird.

Bitte achten Sie beim Einkauf auf die kleine GOLD-PFEIL-Marke, mit der jeder echte GOLD-PFEIL-Artikel gekennzeichnet ist.



- H 229: Ein ideales Geschenk für den Bastler: Werkzeug im Etui aus glattem Rindleder **DM 29,75**
- K 270: Beliebte Scheintasche in „Relax“-Leder mit übersichtlichem Münzfach **DM 18,75**
- J 250: Elegante Zigarrentasche in Box calf **DM 12,75**

- CK 9273: Reiseneccessaire in glatt Rindleder. Der Bakelitbehälter enthält eine komplette Rasiergarnitur. **DM 32,75**
- M 503: Elegante Briefftasche aus „Relax“-Leder. **DM 27,50**
- C 9117: Besonders praktisch und beliebt ist dieses Etui aus gerarbtetem Rindleder für die Toilettenartikel des Herrn. (Ohne Einrichtung.) **DM 18,50**